

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **26 (1946-1947)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Glücklich, die wissen, daß hinter allen
Sprachen das Unsägliche steht;
Daß von dort her, ins Wohlgefallen,
Größe zu uns übergeht.

Unabhängig von diesen Brücken,
Die wir mit Verschiedenem baun,
So daß wir immer, aus jedem Entzücken,
In ein heiter Gemeinsames schauen».

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Die Genehmigung der *Altersversicherungsvorlage* durch den Nationalrat wird kaum darüber hinwegtäuschen, daß das Werk als solches im Hinblick auf eine kommende Volksabstimmung gefährdet erscheint. Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht unterliegt übrigens die Vorlage nicht ohne weiteres der Genehmigung durch das Volk, sondern es ist hierfür die Ergreifung des Referendums notwendig, weil die verfassungsmäßige Grundlage für die Alters- und Hinterbliebenenversicherung bereits vorhanden ist (Art. 34quater BV). Etwas anderes ist es mit der Finanzierungsvorlage: so wäre die Einführung einer eidgenössischen Nachlaßsteuer dem obligatorischen Referendum unterstellt, weil hiefür erst die verfassungsmäßige Grundlage geschaffen werden müßte. Was aber das Gesetz selbst betrifft, so ist man wohl allgemein der Auffassung, die Vorlage sei trotz der Verfassungslage unter allen Umständen dem Urteil des Volkes zu unterbreiten, dessen Meinung einzuholen gerade in diesem Falle gewiß nicht umgangen werden kann; und es ist in diesem Zusammenhang der begrüßenswerte Vorschlag gemacht worden, die großen Parteien möchten von sich aus das Referendum ergreifen, um so dem Volke den letzten Entscheid in dieser wichtigen Frage anheimzustellen. Mit Bezug auf die Finanzierungsfrage wäre zu sagen, daß die Widerstände gegen das Projekt einer eidgenössischen Nachlaßsteuer dermaßen stark und verbreitet sind, daß angenommen werden kann, der Bundesrat werde diese Vorlage bei nächster Gelegenheit — etwa vor Beginn der Kommissionsberatungen des Nationalrates — überhaupt zurückziehen, um sie durch eine andere zu ersetzen. Allein auch hier wird man sich fragen, ob der dann vorgeschlagene Ersatz am Ende die Billigung des Souveräns finden werde, ganz abgesehen davon, daß heute über den Charakter der Finanzierung bei Verzicht auf die Nachlaßsteuer noch nichts bestimmtes verlautet, nachdem das Projekt der eidgenössischen Getränkesteuer ausdrücklich für die Bundesfinanzreform vorbehalten worden ist. So wird man denn, wie die Dinge heute liegen, der Altersversicherungsvorlage als Ganzes keine sehr günstige Prognose stellen können. Denn auch das Gesetz selbst scheint hier und dort viel größeren Widerständen zu begegnen, als etwa die Einstimmigkeit der Presse vermuten ließe. Es ist gut, wenn man sich schon heute darüber klar ist.

Übrigens kann zur Zeit auch mit Bezug auf einen allfälligen Abstimmungs-termin in dieser Frage nichts bestimmtes ausgesagt werden. Denn noch stehen

andere Vorlagen vor dem Urteil des Volkes, und sie gehen zeitlich vor. So rechnet man damit, daß auf den Dezember dieses Jahres die Abstimmung über die Initiative des Landesrings betreffend das «*Recht auf Arbeit*» angesetzt werde, der dann im *Februar 1947* ungefähr der Volksentscheid über die sozialdemokratische Initiative zum selben Gegenstande zu folgen hätte. Ebenfalls im Herbst des laufenden Jahres 1946 soll übrigens auch über die Vorlage betreffend die Errichtung einer *zweiten Zuckerfabrik* abgestimmt werden, nachdem das Referendum wohl mit Sicherheit zu Stande kommen wird. Hier sind die Prognosen für das Postulat der ostschweizerischen Landwirtschaft aus verschiedenen Gründen wenig günstig. Sind erst einmal die beiden Initiativen zum Recht auf Arbeit erledigt, so wäre damit der Weg frei für die Volksabstimmung über die *Wirtschaftsartikel*, deren baldige Ansetzung vor allem auch von der Landwirtschaft dringend gewünscht wird, damit so die verfassungsmäßige Grundlage für ihre künftige Sicherung endlich festgelegt werde.

Die große Bedeutung aller dieser Vorlagen — mit Einschluß der AHV — wird in grundsätzlicher Weise ergänzt durch die im Herbst 1947 stattfindenden *Nationalratswahlen*. Denn dann geht es um die allgemeine Festlegung der großen politischen Linie der Zukunft, und damit am Ende — wie die Dinge liegen — in der Hauptsache um die Frage, wie weit unser Volk sich planwirtschaftlichen Elementen zugeneigt fühlt. Auf dieser grundsätzlichen Ebene wird sich zweifellos der Kampf im Vorfeld dieser Wahlen bewegen, und man kann annehmen, sein Ausgang werde nicht wenig durch die Entwicklungen jenseits unserer Grenzen beeinflusst. Andererseits freilich kann man getrost davon ausgehen, daß unser Volk am Ende gerade in dieser grundsätzlichen Frage den schweizerischen Weg wählen werde, und die Einigkeit des Bürgertums — die auch durch die Diskussion über den Bericht des Generals nicht ernstlich gestört zu werden braucht — wird dafür zu sorgen haben, daß die notwendigen Voraussetzungen für einen entsprechenden Ausgang der Wahlen geschaffen werden.

* * *

Indessen zeichnet sich die Entwicklung der *internationalen Lage* durch eine zunehmende Verschärfung der Gegensätze aus. Ein typisches, ein direkt klassisches Beispiel dafür bietet zweifellos die *Friedenskonferenz von Paris*, die eine schweizerische Zeitung unlängst mit dem Titel: «*Der Friedenskrieg*» versah. Zwar sind die schier endlos scheinenden Debatten über die Geschäftsordnung endlich abgeschlossen, aber trotzdem ist ein wirklicher Fortschritt noch kaum zu entdecken. Denn während die Russen nach wie vor kräftig auf eine Ausdehnung ihrer Machtsphäre nach allen Richtungen dringen, widersetzt sich der angelsächsische Block mit derselben Hartnäckigkeit diesen historischen Bestrebungen. Für die Berichtsperiode wäre hier zu vermerken, daß sich inzwischen der *Einsatz der Amerikaner* in mancher Beziehung ganz bedeutend verstärkt hat, — ist er doch erst in den jüngsten Tagen bei Anlaß des Fliegerkonfliktes mit Jugoslawien und besonders in der Demonstration amerikanischer Seestreitkräfte im Mittelmeer besonders beachtet worden. Dagegen freilich hat sich in der englischen Presse teilweiser Widerspruch erhoben, mit dem Argument, man werde so immer mehr in die zweite Linie gedrängt — was unter bestimmten Vorbehalten zutrifft; immerhin besteht von außen einstweilen nicht der Eindruck, daß *die britische Position* durch diesen amerikanischen Einsatz ernstlich in Mitleidenschaft gezogen würde; ganz im Gegenteil dient er — vorläufig — eher der Stützung dieser Position. Dieser Ansicht sind anscheinend auch die Russen, wie einem Bericht von der Pariser Friedenskonferenz zu Mitte August zu entnehmen

war. Dort hörte man, «von der russischen Delegation nahestehenden Kreisen», daß man in *Moskau* mit steigendem Mißfallen auf die wachsende Stärke Englands im Mittelmeerraum blicke. Und weiter hieß es:

Die Russen, so fahren die gleichen Kreise fort, seien der Meinung, daß die britische Macht im Mittelmeer heute größer denn je sei, da das besiegte Italien von den Westmächten und namentlich von England beherrscht werde, Griechenland aber unter englischem Einfluß stehe und die italienischen Kolonien durch Großbritannien verwaltet werden. Dies sei einer der Hauptgründe, warum die russische Haltung in bezug auf die künftige Gestaltung des Balkans steif sei und sich wohl bei der Diskussion der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Fragen der Balkanverträge noch weiter versteifen werde.

Wahrscheinlich ist diese Argumentation richtig, und was die letzte Vermutung betrifft, so hat sie sich durchaus bestätigt, was insbesondere aus der massiven Unterstützung der bulgarischen Ansprüche durch Rußland entnommen werden kann. Unter diesen Umständen sieht man denn auch mit richtiger Spannung den kommenden Debatten über die *Triester Frage* entgegen — wenn es überhaupt dazu kommt. In diesem Bereiche ist jedenfalls schon heute erkennbar, daß Rußland mit allen Mitteln bestrebt ist, sich Stützpunkte in der Adria zu sichern. Aus diesem Grunde wird man in *Moskau* auch alles tun, um endlich zu erreichen, daß der wichtige Hafen von *Pola* außerhalb der internationalen Zone gelassen und Jugoslawien zugesprochen wird, wogegen freilich die Westmächte mit ihrer ganzen Macht auftreten werden. Und vorsorglich werden denn, wie es heißt, die Häfen von *Albanien*, *Durazza* und *Valona*, bereits durch russische Ingenieure ausgebaut und die Zufahrtsstraßen eingerichtet, wobei das zweite freilich in jenem Gelände keine einfache Sache ist. Das wäre eben alles in *Pola* selbstverständlich viel leichter. So ist es angesichts der Schärfe dieser Gegensätze nicht ausgeschlossen, daß am Ende der Vorschlag de Gasperis — zwar nicht ausdrücklich, aber praktisch — durchdringt, und das Problem von Triest, genau so wie das der italienischen Kolonien, noch weiter in der Schwebe bleibt. So lange würden dann aber auch diese Gebiete in der Hand der westlichen Armeen verbleiben — und man begreift so den Kummer der russischen Delegation.

Ein weiterer Vorstoß Rußlands, der zwar schon lange erwartet worden war, ist in der Kündigung der Konvention von Montreux über die *Meerengen* effektiv geworden. Auch hier scheint der Widerstand der Westmächte entschlossen, sodaß die russischen Bemühungen vorerst im Sande verlaufen werden. Im übrigen ist es — ganz allgemein — merkwürdig zu beachten, wie wenig schmiegsam die russische Politik in letzter Zeit gewesen ist, obwohl man doch hätte annehmen können, Molotow werde sich bemühen, zur Zeit eine gewisse Rücksicht auf die im November dieses Jahres stattfindenden *Wahlen in den Vereinigten Staaten* zu nehmen. Davon scheint aber keine Spur zu sein, und die Stimmung in Amerika wird deshalb auch immer feindseliger. Das zeigte sich erst jüngst wieder bei dem denkbar scharfen *Vorstoß gegen Polen* in der Frage der kommenden Wahlen und das zeigt sich immer mehr auch in der Politik im *deutschen und österreichischen Bereiche*, wo die Engländer heute fast notgedrungen hier den amerikanischen Scharfmachern folgen müssen, während — wie in letzter Zeit fast allgemein — die *französische Position* auch dort fortlaufend schwieriger wird.

Inzwischen bemüht sich Großbritannien, seine eigenen schweren Probleme mit möglicher Anpassung an die gegebenen Umstände zu lösen. In der *Palästinafrage*

ist freilich im Gefolge der schweren Angriffe von jüdischer Seite eine merkliche Versteifung eingetreten, nachdem man sich offenbar in London darüber klar geworden war, daß von den U.S.A. in dieser Beziehung, zumal jetzt vor den Wahlen, kaum ein ernsthafter Beitrag zu erwarten sei. Ebenso scheint sich in der Frage *Ägyptens* eher wieder eine Versteifung abzuzeichnen, was auch im Zusammenhang mit den Entwicklungen der allgemeinen Lage stehen dürfte, die vorerst eine weitere Aufgabe von Positionen im Bereiche des Mittelmeers nicht mehr erlaubt. Hier hat wohl die in London stattgefundene *Stabskonferenz* eine gewisse notwendige Grenze vor die Labourpolitik gezogen. In *Indien* allerdings ist inzwischen erstmals der Versuch mit einer autonomen indischen Regierung gemacht worden, was nun doch wohl eine grundsätzliche Änderung der britischen Politik andeuten will. Aber die in der Folge eingetretenen schweren Unruhen von mohammedanischer Seite sind doch wieder Wasser auf die Mühle der Vertreter der alten Imperiumspolitik, die sich nach wie vor einem Abbau der machtpolitischen Position Englands in Indien widersetzen, während die Labourregierung wohl davon ausgeht, daß man es, angesichts der heutigen Entwicklungen, mit einer engen wirtschaftlichen Verbindung zu Indien genügen lassen könnte.

In einer öffentlichen Äußerung sagte der amerikanische Staatssekretär Byrnes kürzlich:

«Ich bin fest davon überzeugt, daß zufriedenstellende Lösungen gefunden werden, wenn man endlich damit aufhört, immer wieder nach strategischen Vorteilen zu suchen».

Zweifellos liegt in dieser einfachen Feststellung der Kern des ganzen Problems, welches heute die Welt belastet. Und hier wird man nicht wohl bestreiten können, daß die Westmächte im wesentlichen die *strategischen Schlüsselpunkte* der Welt in ihrem Besitz haben. Sofern dies noch nicht der Fall ist, sind eben gerade die Amerikaner des Herrn Byrnes am meisten bemüht, sich noch weitere wichtige Punkte, vom Atlantik bis zum Pazifik, zu sichern. Rußlands Bestreben geht seinerseits genau nach derselben Richtung. Und da eine kriegerische Auseinandersetzung aus verschiedenen Gründen vorerst nicht in Frage kommt, wird eben eine Lösung auf anderem Wege gefunden werden müssen. So wird man denn wohl noch eine gewisse, wahrscheinlich eine lange Zeit um die wichtigsten Positionen ringen, bis am Ende durch einen *Kompromiß* ein im beidseitigen Interesse erträglicher Status gefunden wird. Eine andere Lösung ist nicht denkbar. Die Lage gleicht in dieser Beziehung einigermaßen den Verhältnissen am Berliner Kongreß des Jahres 1878, wo die russische Macht nach den gleichen Richtungen vorstieß, wie sie es schon mehrmals in der Geschichte getan hat.

Zürich, den 30. August 1946.

Jann v. Sprecher.